

Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Stauber

Kurskorrektur bei der neuen Mehrwertsteuer

Vor über vier Monaten war die neue *Goods and Services Tax* (GST) mit viel Pathos in einer Mitternachtsitzung des Parlaments eingeführt worden. Die Regierung war sich der Symbolik durchaus bewusst: In der Vergangenheit waren in dieser Form nur historisch herausragende politische Jubiläen zur indischen Unabhängigkeit begangen worden. Nun kam zum 15. November die etwas kleinlautere Reform der Reform: Von den insgesamt 228 betroffenen Waren und Dienstleistungen wurden 178 Produkte in die untere Steuergruppe bis 18 Prozent eingestuft (dazu zählen etwa Waschpulver, Shampoo und Deodorants). Mit dem höchsten Steuersatz von 28 Prozent werden jetzt lediglich 50 Waren belegt (etwa Waschmaschinen und Klimaanlage). Von den Änderungen erhofft sich die Regierung vor allem Erleichterungen für mittlere und kleine Betriebe, die besonders unter der neuen Steuer zu leiden hatten – und die zur klassischen BJP-Wählerklientel zählen. Vermutlich ist die anstehende Gujarat-Wahl der Grund für die hastige Reform, mit der Wählersympathien für die BJP gewonnen oder gefestigt werden sollen.

Indien mit harter Hand gegen Rohingya-Flüchtlinge

Mehr als 600.000 Rohingya sollen bislang aus Myanmar geflüchtet sein. Davon fand die Mehrzahl im armen Nachbarland Bangladesch Zuflucht. Indien hat mit etwa 40.000 Rohingyas nur sehr wenige aufgenommen. In der Vergangenheit hatte man sich Flüchtlingen gegenüber offen gezeigt. Nicht so im Falle der Rohingya. Hier verwies die Regierung stets auf die „nationale Sicherheit“. Und lässt dementsprechend keine Gnade walten: Pauschal werden die Geflüchteten in die Ecke der Fundamentalisten gestellt, und es wird ihnen unterstellt, militant zu sein. Deswegen sollen sie abgeschoben und keine weiteren mehr aufgenommen werden. Die regierende BJP instrumentalisiert die Massenmigration, um Furcht vor dem „militanten Islam“ zu schüren. Allerdings gibt es für die Gleichsetzung von Rohingya-Geflüchteten mit Extremismus keine Belege. Diese Unterstellung konnte weder durch Nachforschungen indischer Medien noch durch wissenschaftliche Untersuchungen untermauert werden. Die Fakten ignorierend, verdammte Modi bei einem Staatsbesuch im September dennoch die „extremistische Gewalt“. Von der schwierigen Situation der Flüchtlinge hingegen sprach er nicht.

Arbeiterproteste in Delhi

Für den 11. November 2017 hatten mehrere Gewerkschaften zu einem dreitägigen Massenprotest in Delhi aufgerufen. Anlass war die in ihren Augen „arbeiterfeindliche, antinationale und gemeinwohlschädigende Politik“ der Modi-Regierung. Diese drückte sich insbesondere in der Umsetzung der *Goods and Services Tax* und in der Demonetarisierung aus. Die Regierung kümmerte sich nicht um die Belange und Bedürfnisse der lohnabhängig Beschäftigten, so die Veranstalter. Gerade durch diese politischen Entscheidungen verschlechterte sich die Lage der breiten Bevölkerung. Tausende waren dem Aufruf nach Delhi gefolgt. Die Gewerkschaften forderten einen Mindestlohn und soziale (Ab-)Sicherheit. Außerdem verlangten sie den Aufbau eines flächendeckenden und effizienten Systems zur Nahrungsmittelsicherung, ein Ende des Tagelöhnerturns, ein Ende der Preissteigerungen von Grundnahrungsmitteln sowie ein Ende der Privatisierungen von öffentlichen Unternehmen und zugleich eine Stärkung der Arbeiterrechte. In den Mainstream-Medien wurde über die Massenkundgebung hingegen kaum berichtet.

Auseinandersetzung um Aadhaar

Seit Jahren schwelt der Streit um die persönliche Identifikationsnummer. Mit *Aadhaar* („Ursprung“) legt die Regierung die größte Personen-Datenbank der Welt an, in der biometrische und biografische Daten zentral gespeichert werden. Zunächst war die Teilnahme an dem Programm freiwillig. In den letzten Jahren hat die Regierung jedoch versucht, *Aadhaar* verpflichtend durchzusetzen. Dies ist höchst umstritten, insbesondere wegen des Datenschutzes. Immer mehr Dienstleistungen von Banken und Telekommunikationsunternehmen, aber auch soziale und gesundheitliche Leistungen des Staates, werden von der Vorlage der persönlichen *Aadhaar*-Nummer abhängig gemacht. Der Zwangscharakter von *Aadhaar* tritt immer stärker zutage und bereitet Datenschützern Sorge. Der mangelnde Schutz der Privatsphäre, insbesondere bei Patientendaten, sind ebenso ungeklärte Fragen wie die (Un-)Sicherheit der IT-Systeme und möglicher Datendiebstahl. Ende November sollte sich nach 2015 und August 2017 ein Gericht mit der Frage befassen, ob *Aadhaar* insbesondere im Hinblick auf den Schutz der Privatsphäre verfassungskonform ist.

Über 700 indische Staatsbürger in den *Paradise Papers*

Während sich die Modi-Regierung im Zuge der Demonetarisierung selbst lautstark als Bekämpfer von Schwarzgeld feiert, ist sie bei den jüngst veröffentlichten *Paradise Papers* (ebenso wie bei den *Panama Papers*) erstaunlich schweigsam. Wenngleich das Steuersparmodell mit Briefkastenfirmen und Trusts nicht unbedingt strafbar ist, stellt sich doch die Frage nach der Verantwortung für das Gemeinwesen, dem sich vermögende Unternehmen und Bürger auch in Indien entziehen. Zu den über 700 genannten Firmen und Individuen in den *Paradise Papers* zählen unter anderem *Sterling Biotech*, *Adani Power* und *Essar*, die hyperreichen Ambanis sowie der Filmschauspieler Amitabh Bachchan. Kritiker fordern ein Gesetz zur Offenlegung sämtlicher Auslandsvermögen. Das wäre die Voraussetzung dafür, dass der Fiskus an die bislang kaum oder gar nicht besteuerten Vermögen herankommen könnte.

Ein Jahr monetäre Schocktherapie

Die vor einem Jahr in einer Nacht- und Nebelaktion durchgeführte Demonetarisierung wird nach wie vor von der Regierung als großer Erfolg im Kampf gegen Schwarzgeld verkauft. Insgesamt überwiegen aber die kritischen Stimmen, die auf die Negativfolgen der Geldentwertung hinweisen. Auch der damalige Chef der *Reserve Bank of India* (RBI) Rajan hatte sich gegen den Schritt ausgesprochen. Vermutet wird, dass er aufgrund dieser Differenzen seinen Hut nahm. Laut RBI sind über 99 Prozent der entwerteten Noten wieder in das Bankensystem zurückgeflossen. Der Großteil des Schwarzgeldes konnte demnach doch eingewaschen werden. Zudem sollen viele Besitzer von Schwarzgeld vorab Tipps erhalten haben, dass eine Geldentwertung bevorsteht, und konnten sich so rechtzeitig ihres Schwarzgeldes entledigen. Außerdem sollen durch viele Strohmänner-Bankkonten große Schwarzgeldsummen eingewaschen worden sein. Für einige Beobachter war die Demonetarisierung eine Form der Enteignung, insbesondere von ärmeren Bevölkerungsschichten, die plötzlich nicht mehr über ihr Geld verfügen konnten. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, wenngleich dafür nicht allein die Demonetarisierung verantwortlich gemacht wird. Offizielle Angaben gehen von mindestens 1,5 Millionen zusätzlichen Arbeitslosen aus. Argumentiert wird auch, es habe sich bei der Geldentwertung um ein groß angelegtes Programm zur Rekapitalisierung der (teils klammen) Banken gehandelt, die mit dem erzwungenen Geldscheintausch wieder über mehr Kapital verfügten.

Filmkontroversen und Zensur

Im Vorfeld des 48. Internationalen Filmfestes in Goa wurde bekannt, dass staatliche Behörden „anstößige“ Filme kurzerhand aus dem Programm genommen hatten. *Sexy Durga*, ein Werk des keralesischen Regisseurs Sanal Kumar Sasidharan, wurde ebenso von den Zensoren entfernt wie der Marathi-Film *Nude*. *Sexy Durga* – der offiziell nur noch *S Durga* heißen darf – kritisiert die patriarchalische Gesellschaft anhand der Geschichte eines jungen Paares, das eines Nachts die Flucht aus ihren einengenden Lebensumständen ergreifen will. *Nude* von Ravi Jadhav erzählt das Leben einer jungen Frau, die in Mumbai als Aktmodell arbeitet. Nachdem beide Filme von den Behörden kurzfristig vor Beginn des Filmfestes abgesetzt wurden, traten der Festivalleiter sowie zwei weitere Jurymitglieder aus Protest zurück. Nun musste sich in letzter Minute der *High Court* in Kerala mit dem Fall beschäftigen. Der genehmigte den Film, daraufhin intervenierte die Zensurbehörde erneut, sodass *S Durga* auf dem Festival schließlich nicht gezeigt wurde.

Altherren-Rennen in den Bergen

In Himachal Pradesh (HP) gingen am 9. November zwei sehr erfahrene Politiker ins Rennen um das höchste Amt: Prem Kumar Dhumal (73 Jahre), zweimaliger Regierungschef von der BJP, und der amtierende Regierungschef Virbhadr Singh (82 Jahre) von der Kongresspartei, der bereits sechs Mal die Regierungsgeschäfte in HP leitete. Im Jahr 2013 ging HP an die Kongresspartei unter Virbhadr Singh. Den Ausgang der Wahlen bestimmen könnte der gefürchtete *Anti-Incumbency*-Effekt gegen den Amtsinhaber. In den letzten 20 Jahren wurde die jeweils amtierende Regierung stets abgewählt. Der Groll gegen die BJP wegen der Demonetarisierung und der neuen GST-Steuer indes ist groß. Insbesondere unter Obstbauern und -Händlern – HP ist eine bedeutsame Apfelanbauregion in Indien – hat die Regierungspartei momentan an Ansehen verloren. Doch noch liegt die BJP in Umfragen vorn. Im Wahlkampf setzte sie wieder einmal auf die Modi-Karte und gab den Namen des Spitzenkandidaten Dhumal für das Amt des Regierungschefs erst Ende Oktober bekannt. Unterdessen wiederholte Modi im Wahlkampf gebetsmühlenartig den Vorwurf, die Kongresspartei sei in Himachal Pradesh Synonym für Korruption und Vetternwirtschaft. Die Chancen stehen gut, dass sich diese Aussagen bei der Wählerschaft verfestigen. Modi und sein Team waren im Wahlkampf geradezu omnipräsent, während der Kongress in diesem „Medien-Blitzkrieg“ (*Economic Times*) unterging. Die Wahlergebnisse werden für den 18. Dezember erwartet.

Liebesgeschichte statt Love Jihad

In Rajasthan hatten die Eltern einer jungen Frau Ende Oktober Strafanzeige gegen deren muslimischen Ehemann erstattet und gaben an, die Tochter sei gegen ihren Willen zur Heirat und zur Konversion zum Islam gezwungen worden. Die Polizei hatte zunächst die Aussagen für wenig glaubwürdig gehalten, wurde jedoch vom Gericht dazu angehalten, Ermittlungen einzuleiten. Schließlich fanden sich aber doch keine Anhaltspunkte für eine erzwungene Konversion, für einen sogenannten Love Jihad – ein politischer Kampfbegriff der Hindunationalisten. Das junge Paar hatte sich bereits in der Schulzeit ineinander verliebt. Die beiden galten unter Freunden als „Romeo und Julia“, die sich trotz der Ablehnung durch die Eltern weiterhin trafen und ohne Wissen der Eltern geheiratet hatten, nachdem die 21-jährige Frau – aus freien Stücken – zum Islam konvertiert war. Trotz immer wieder neu auftretender Gerüchte von *Love Jihad* (ein erneuter Fall in Kerala, der seit zwei Jahren verhandelt wird, beschäftigt gerade die Öffentlichkeit) gibt es bislang keine Beweise für systematische Zwangskonversionen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Anstehende Gujarat-Wahlen – Modi vs. Rahul?

Im Heimatbundesstaat Modis finden im Dezember Wahlen statt. An der Regierung ist seit über 20 Jahren die BJP, die stets das Gujarat-Entwicklungsmodell als ideologisches Zugpferd und Vorbild für die Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene präsentierte. Allerdings will man im aktuellen Wahlkampf nicht mehr viel davon wissen. Zu offensichtlich scheinen die Negativfolgen wie hohe Verschuldung, Landenteignungen, Jugendarbeitslosigkeit sowie Exklusion durch Privatisierungen in den Bereichen Bildung und Gesundheitsversorgung zu sein. In der heißen Phase scheint Modi stattdessen mehr auf Emotionen, persönliche Anekdoten und „Heimat“-Duselei zu setzen. Auch in Gujarat werden die Spitzenkandidaten beider Parteien erst spät nominiert. Dieses Vorgehen nimmt vor allem der Opposition viele Wählersympathien und Chancen auf den Sieg. Sie verfügt bislang weder über eine charismatische noch autoritäre „Führerfigur“ wie die BJP unter Modi. Für die Kongresspartei wäre es wichtig, ein Gesicht zu präsentieren, mit dem sich ein – idealerweise lokales – Narrativ verbinden ließe, um die Identifikation der Wählerinnen und Wähler zu erhöhen. Ob der politisch blass bleibende Rahul Gandhi diese Rolle übernehmen kann, wird von vielen in Zweifel gezogen. Interessant werden könnte der Einfluss der Aktivisten Jignesh Mevani (Dalit-Fürsprecher), Hardik Patel (Ver-

treter der Patidar-Kaste) und Alpesh Thakor (Repräsentant der *Other Backward Classes*, OBCs). Dennoch sehen letzte Umfragen in Gujarat die BJP weiterhin vorne.

Australische Kohle für Adani

Der indische Energiekonzern *Adani Group* sorgt derzeit in Australien für wütende Proteste. Adani plant, in Queensland die größte Kohlegrube der Welt zu eröffnen. Umweltschützer warnen davor, dass das weltberühmte *Great Barrier Reef* durch die Emissionen beim Abbau und bei der Verfeuerung der Kohle unwiederbringlich zerstört werden könnte. Auch der Grundwasserspiegel könnte in der ohnehin trockenen Region der Carmichael-Mine auf gefährliche Tiefststände sinken und so die Vegetation zerstören sowie die Trinkwasserversorgung gefährden. Gutachten stellen der Mine kein gutes Zeugnis über ihre zukünftige Profitabilität aus. In Australien wird die Anzahl der versprochenen Jobs von über 10.000 Stellen zudem als maßlos übertrieben eingeschätzt. Abschreckend für die Regierung in Queensland ist außerdem die mangelhafte Umweltbilanz von Adani in Indien: Der Konzern hatte wiederholt gegen Umweltauflagen verstoßen und dabei auch Mangrovenwälder zerstört und Fischgründe mit Sand zugeschüttet. Darüber hinaus steht Adani im Verdacht, mithilfe einer undurchsichtigen Firmenstruktur in Australien die Steuerbehörden hintergangen zu haben.

Taj Mahal keine Touristenattraktion

Der Taj Mahal in Agra, Teil des UNESCO-Welterbes, wurde jüngst von einer Liste der touristischen Sehenswürdigkeiten genommen, die von der Landesregierung im Bundesstaat Uttar Pradesh (UP) herausgegeben wurde. Derzeit regiert hier der hindunationalistische Hardliner Yogi Adityanath, der regelmäßig durch Hetze und politische Propaganda gegen religiöse Minderheiten auffällt. Das Mausoleum ist ein Touristenmagnet, das jedes Jahr hunderttausende Touristen aus der ganzen Welt anzieht. Adityanath und seine Regierung hatten bereits 2014 historisch nicht belegte Behauptungen in die Welt gesetzt, nach denen der Taj auf Ruinen eines Hindu-Tempels errichtet worden sei. Nun folgte die Streichung des Taj aus einer Touristenbroschüre zu den Sehenswürdigkeiten im Bundesstaat. Mit diesem Schritt hatten sich der Yogi und seine Anhänger zu weit aus dem Fenster gelehnt. Der Sturm der Entrüstung ließ nicht lange auf sich warten. Die Schadensbegrenzung des Regierungschefs bestand schließlich darin, sich an einer PR-Aufräum- und Säuberungsaktion vor dem Taj Mahal zu beteiligen – und zu beteuern, der Taj sei „unter Blut und Tränen von Tausenden Indern“ erbaut worden.

Think Tank verletzt FCRA-Regelung

Die *India Foundation* (IF) ist ein regierungsnaher Think Tank, der aus mehreren Gründen jüngst in die Schlagzeilen geriet: Vier Minister aus dem Kabinett Modi sitzen im Entscheidungsgremium der *Foundation*. Geleitet wird die Denkfabrik von Shaurya Doval, dessen Vater *National Security Advisor* (NSA) ist und zum engsten Beraterkreis Modis zählt. Bei Veranstaltungen der IF geben sich Unternehmensvertreter, Politiker und Wissenschaftler die Klinke in die Hand. Gesponsert werden die Konferenzen und Talks teils von großen internationalen Konzernen wie dem Rüstungskonzern Boeing. Dieser steht mit der Regierung in Verhandlung über Rüstungsgeschäfte. Doval ist zudem Chef des Finanzdienstleisters *Gemini Capital Services*. Vermutet wird, dass es hier zu einer Verquickung von Geschäftsinteressen und politischen Entscheidungsfindungsprozessen kommt. Oppositionspolitiker Sibal von der Kongresspartei beschreibt die Situation als „Cocktail aus Business und Politik“ und Paradebeispiel für den Nepotismus, den Modi stets kritisiert. Dubios ist zudem, dass die politikberatende Stiftung mit hohen Politikern an der Spitze überhaupt die FCRA-Zulassung zum Empfang ausländischer Gelder erhalten konnte. Dies steht im Widerspruch zum FCRA-Gesetz, nach dem politische Parteien oder Politiker keine ausländischen Gelder empfangen dürfen.

Vorwurf der Bestechung von Richtern

Derzeit untersucht die indische Bundespolizei *Central Bureau of Investigation*, ob Richter am *High Court* Bestechungsgelder erhielten, um einer privaten medizinischen Hochschule die offizielle Registrierung zu verschaffen. Für die Anerkennung solcher Einrichtungen ist zunächst der *Medical Council of India* zuständig. Dieser hatte im vorliegenden Fall eine Zulassung abgelehnt. Daraufhin hatte das *Prasad Institute of Medical Sciences* in Lucknow von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, gegen die Ablehnung Widerspruch einzulegen. Daraufhin soll über Mittelsmänner versucht worden sein, das richterliche Urteil zu beeinflussen.

Padmavati-Proteste

Für zornige Proteste rechter Randgruppen und einiger BJP-Politiker sorgte das Historiendrama *Padmavati*, in dem es um die Legende der Rajputen-Königin Padmavati geht, die sich durch Selbstverbrennung das Leben genommen haben soll, um den Feinden nicht in die Hände zu fallen. Rechte Kasten-

vertreter der *Shri Rajput Karni Sena* und BJP-Politiker haben ein Verbot des Films verlangt, Darsteller und Regisseur wurden tödlich angegriffen. Daraufhin wurde ihnen Polizeischutz gewährt. Der Filmstart wurde auf unbestimmte Zeit verschoben, in manchen Bundesstaaten wird er voraussichtlich nicht anlaufen. Zunächst drohte auch die Dokumentation über den Aufstieg der AAP-Partei, *An Insignificant Man*, der Zensur zum Opfer zu fallen. In letzter Minute wurde der Film dann freigegeben.

Sexualisierte Gewalt an Universitäten

Anfang November wurde eine Liste mit den Namen einiger Hochschullehrer auf Facebook veröffentlicht, die Studierende sexuell belästigt, genötigt oder gar vergewaltigt haben sollen. Die *Name-and-Shame*-Liste sorgte in der indischen Öffentlichkeit für großes Aufsehen: Sie enthält die Namen von 61 teils sehr renommierten Wissenschaftlern. Es wurde auch die Gefahr falscher Anschuldigungen diskutiert. Eine 24-jährige Jurastudentin hatte die Missbrauchsfälle gesammelt und auf ihrer Seite gepostet, die später vom Anbieter gesperrt wurde. Die Verdächtigen lehren an sehr prestigeträchtigen Bildungseinrichtungen des Landes (Delhi University, St. Xavier's College in Kalkutta, St. John's Medical College in Bengaluru und Indian Institute of Technology (IIT) in Bhubaneswar). Sexuelle Belästigung ist, da sind sich Betroffene und Beobachter einig, ein endemisches Problem, nicht nur an indischen Universitäten. Bislang wurden keine Ermittlungen oder internen Untersuchungen gegen die Verdächtigen eingeleitet. Stattdessen müssen sich die Verfasserin der Liste und die Opfer erklären, manche von ihnen sogar um Leib und Leben fürchten.

Smog-Höchstwerte in Delhi

Seit November wird die Hauptstadtregion wieder von einer dichten Smog-Wolke bedeckt. Die Luftqualität ist dramatisch schlecht, die Feinstaubemissionen liegen weit über den offiziell zugelassenen und als unbedenklich geltenden Werten. Die Regierung hat den Gesundheitsnotstand erklärt. Die Gründe für die hohe Feinstaubbelastung sind komplex: Individualverkehr, der um sich greifende Bauboom, das Verbrennen von Hausmüll auf offener Straße, die Stoppelverbrennung insbesondere in den angrenzenden Bundesstaaten Haryana, Punjab und Teilen des westlichen Uttar Pradesh. Als ursächliche und begünstigende Faktoren gelten auch die geografische Lage Delhis im Flusstal des Ganges sowie die allgegenwärtigen Klimaveränderungen. Hauptleidtragende des Smogs sind die Armen, die keine Möglichkeit haben, sich mit teuren Luftfiltern für das eigene Heim oder mit Gesichtsmasken zu schützen.